

## Das 19. Jahrhundert – die Zeit mit Preußen

Quellen: Conrad, *Evangelisch am Rhein*, 74-95; Dembek, *Grundkurs*, 28-36

Aus über 80 Territorien machte der Wiener Kongress 1815 zwei Rheinprovinzen unter preußischer Herrschaft. 1822 wurde daraus eine preußische Provinz – seit 1826 mit Sitz des Konsistoriums in Koblenz.

### 1. Die Union zwischen Lutheranern und Reformierten

Die Zusammenführung beider Konfessionen unter einer kirchlichen Verwaltung schuf im Rheinland eine faktische ‚Verwaltungsunion‘. Dieser sollte – nach dem Willen Friedrich Wilhelm III. – eine Kultus- und Konsensunion folgen. Schon 1817 hatte der König zur Vereinigung beider Konfessionen aufgerufen – seine Initiative wurde freudig aufgenommen. Seit 1802 in Simmern hatte es im Rheinland mehrere Unionsversuche gegeben.

Anstatt die Klärung der offenen theologischen Fragen voranzutreiben, ließ der König 1821/22 eine Einheitsagende an alle Pfarrer Preußens verschicken. Die Agende entsprach weder der herrschenden Tendenz zur Reduktion liturgischer Formen noch achtete sie die konfessionellen Identitäten – ihre massive Ablehnung verärgerte Friedrich-Wilhelm III. nachhaltig. Doch wem stand das ius liturgicum zu – Regent oder Gemeinden?

1829 gelang der Kompromiss: Die Kirchenprovinzen durften eine Alternativagende anhängen. Damit war die Agende praktisch überholt, die Kultusunion gescheitert.

### 2. Der rheinisch-westfälische Sonderweg zur Kirchenverfassung

Preußen wurde 1815 in acht Kirchenprovinzen gegliedert, die je von einem Konsistorium als ‚Kirchenbehörde‘ verwaltet wurden. Ihr oberster Beamter war der Oberpräsident, das oberste geistliche Amt versah der vom König eingesetzte Generalsuperintendent. Untergeordnete Verwaltungseinheit waren die Kirchenkreise.

In Rheinland und Westfalen, die eine presbyterial-synodale Kirchenordnungstradition hatten, traf diese konsistoriale Ordnung auf Widerstand: Ihre Synoden sollten als Leitungsorgane bestehen bleiben.

Der Präses und spätere Generalsuperintendent Wilhelm Johann Gottfried Ross handelte 1835 einen Kuhhandel aus: Die königliche Einheitsagende wurde in den beiden westlichen Kirchenprovinzen eingeführt. Dafür gestand der König die Beibehaltung der presbyterial-synodalen Ordnung zu.

Im ‚rheinisch-westfälischen Junktim‘ existierten staatliche Leitungsorgane (☞ Konsistorium, Generalsuperintendent, Kultusministerium) und presbyterial-synodale Leitungsstrukturen nebeneinander: Die Gemeinden sind Grundlage der Kirchenverfassung. Sie wählen ihren Pfarrer frei. Die Synoden wählen ihre Präses.

Erst 1873 erhielten alle preußischen Kirchenprovinzen eine presbyterial-synodale Kirchenordnung.

Im Rheinland wurden 1859 ein Unionskatechismus und 1893 ein einheitliches Gesangbuch eingeführt.

Die Evangelische Kirche im Rheinland wuchs in dieser Zeit rasch: Zu den bisherigen 383 Gemeinden kamen 147 neue hinzu. Die evangelische Publizistik und der Kirchenbau erlebten eine Blütezeit.

### 3. Der Kulturkampf 1871-1887

Unter preußischer Herrschaft fürchtete die römisch-katholische Kirche eine ‚Protestantisierung‘ der Bevölkerung. So verweigerte Erzbischof Freiherr Droste zu Vischering im ‚Kölner Kirchenstreit‘ einen Kompromiss zur ‚Mischehenproblematik‘. Friedrich Wilhelm III. setzte ihn 1837 gefangen. Obwohl Friedrich Wilhelm IV. den Konflikt 1840 entschärfte, erfuhr sich der Katholizismus als anti-preußisch. Gegengewicht zum Staat konnte ihm nur der Ultramontanismus sein, der sich auf die Lehre des Primates und der Unfehlbarkeit des Papstes stützte. Davon distanzierte sich 1873 die neu gegründete altkatholische Kirche.

Reichskanzler Otto von Bismarck sah im politischen Katholizismus einen ‚Reichsfeind‘. Kultusminister Adalbert Falk setzte ab 1871 viele ‚Kampfgesetze‘ um: 1871 wurden politische Äußerungen von der Kanzel verboten. 1872 unterstellte das Schulaufsichtsgesetz das Schulwesen staatlicher Aufsicht. Die Folgen in Form vieler vakanter Pfarrstellen und exilierter Priester waren verheerend – aber der katholische Widerstand blieb ungebrochen. Nach Bismarcks innenpolitischer Abkehr von den Liberalen hin zum Ausgleich mit der katholischen Zentrumsparterie wurden ab 1880 die Kulturkampfgesetze zurückgenommen. 1887 erklärte Papst Leo XIII. den Kulturkampf für beendet. Erhalten blieben jedoch das Schulaufsichtsgesetz, die Ermöglichung des Kirchenaustritts (1873) und die Einführung der Zivilehe (1874).

Die Evangelische Kirche übersah als Institution zuletzt zahlreiche Herausforderungen: Weder die soziale Frage, noch die Entfremdung der Arbeiterschaft, weder die Privatisierung des Glaubenslebens noch die Entkirchlichung des Bürgertums weckten ihre Aufmerksamkeit. Sittlich konservativ und vaterlandstreu folgte sie ihrem Kaiser in den Ersten Weltkrieg. Ende 1918 befand sie sich in entsprechender Distanz zur kommenden Republik, weil die liebgewordene Einheit von Staat, Nation und Kirche ihr Ende gefunden hatte.